

Anlage zur Pressemitteilung „Wann, wenn nicht jetzt? - Landesaufnahmeprogramm für Rheinland-Pfalz“ vom 12. Oktober 2022

Rechtlicher Hintergrund:

Nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes können die Länder u.a. aus humanitären Gründen anordnen, dass Ausländer*innen aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Zu den herausgebenden Organisationen:

- Die Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz ist ein Zusammenschluss der drei Diakonischen Werke (Diakonie Hessen, Diakonie Pfalz und Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe), die in Rheinland-Pfalz wirken. Die Fachdienste der Diakonie in Rheinland-Pfalz beraten und begleiten Migrant*innen ungeachtet der Dauer ihres Aufenthalts, ihres Herkunftslandes oder ihres Aufenthaltsstatus mit dem Ziel, dass sie an allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv mitwirken und an sozialer Sicherheit, Bildung und Ausbildung, medizinischer Versorgung und Wohlstand partizipieren können.
- Das Projekt *civi kune* RLP (*civi kune* = bürgerschaftlich gemeinsam [Esperanto]) tritt für die Interessen Geflüchteter und ehrenamtlich Engagierter in der solidarischen Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz ein. Dazu soll die zivilgesellschaftliche Arbeit mit Geflüchteten, die aus einer enormen Vielfalt an Akteur:innen und Unterstützungsstrukturen besteht, gestärkt werden. Gemeinsam mit ehrenamtlich Engagierten und Selbstorganisationen arbeitet *civi kune* RLP dabei für eine inklusive Gesellschaft.
- Der Flüchtlingsrat RLP e.V. ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich mit Flüchtlingen und Migrant:innen solidarisiert und sich für deren politische und soziale Rechte stark macht. Er fordert gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Befähigung, gesellschaftlichem oder wirtschaftlichem Status. Der Flüchtlingsrat RLP e.V. arbeitet überparteilich. Mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesprächen mit der Politik unterstützt er die solidarische Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz.
- Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich ein für die Gleichberechtigung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen in gesellschaftlicher, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie für das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.
- Die Seebrücke Rheinland-Pfalz ist der Zusammenschluss lokaler Initiativen in Rheinland-Pfalz und Teil der bundesweiten Seebrücken-Bewegung. Sie versteht sich als politische Bewegung, getragen vorwiegend von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft. Jede*r, der*die ihre politischen Ziele unterstützt und sich beteiligen möchte, ist Teil der Bewegung. Mit Demonstrationen und Protestaktionen auf dem Land und in der Stadt streitet die Seebrücke mit ihren zahlreichen Lokalgruppen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik.